

Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen im Hungerstreik

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Am 17. April traten 1'500 palästinensische Gefangene in Israel in den Hungerstreik. Sie fordern die Einhaltung ihrer grundlegenden Rechte: regelmässige Familienbesuche, ungehinderten Zugang zu ihren Anwält*innen, angemessene medizinische Versorgung sowie ein Ende der Isolations- und Administrativhaft.



Free Palestinian Political Prisoners

Seit Streikbeginn nehmen die Gefangenen nur Salz und Wasser zu sich.

Heute ist der 23. Tag des Hungerstreiks. Die Gesundheit der Streikenden ist bedroht und sie sind mit fortwährender Repression konfrontiert.

Wir fordern die Einhaltung der Rechte der gefangenen Palästinenser*innen. Die andauernden israelischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen müssen gestoppt werden.

Was kann ich tun?

- Sich über die aktuelle Lage der Hungerstreikenden **informieren**: palaestina-solidaritaet.de
- Über den Hungerstreik **sprechen** und Informationen in den Sozialen Medien **teilen**.
- Die **BDS-Bewegung unterstützen**, um die Komplizenschaft von Unternehmen wie Hewlett-Packard und G4S an der israelischen Politik und deren Gefängnissen zu beenden.
Mehr Informationen: bds-info.ch

Folgende Organisationen unterstützen diesen Aufruf:

Alternative Linke Bern, Gerechtigkeit und Frieden in Palästina (GFP), Grünes Bündnis Bern, Partei der Arbeit Bern/Biel, Sosyalist Yeniden Kuruluş Partisi SYKP, KUTÜSCH, Bern Halkevi, İsviçre İnsan Hakları Dayanışma Derneği

Weshalb sind die palästinensischen Gefangenen im Hungerstreik?

Was fordern sie?

Viele der Forderungen der Hungerstreikenden betreffen Rechte, die in früheren Kämpfen von palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen erungen wurden und danach schrittweise von den israelischen Behörden wieder abgeschafft wurden.

Vollständige Liste der Forderungen auf der Webseite von Samidoun (Palästinensisches Gefangenen-Solidaritäts-Netzwerk): samidoun.net

Derzeit sitzen mehr als 7'000 Palästinenser*innen aus politischen Gründen in israelischen Gefängnissen - darunter 313 Kinder (100 davon unter 16 Jahren) und 56 Frauen. Über 600 von ihnen befinden sich auf unbestimmte Zeit, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, in Administrativhaft.

Seit Beginn der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens 1967 wurden 800'000 Palästinenser*innen aus politischen Gründen inhaftiert. 40% der Palästinenser im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem sassen mindestens einmal in einem Gefängnis der Besatzungsmacht.

Ein diskriminierendes Rechtssystem erlaubt die Verwendung von unter Verschluss gehaltenen Beweisen, von Aussagen, die unter Folter erpresst wurden, und von Redeverböten für die Inhaftierten.

Politische Anführer*innen, Schriftsteller*innen, Journalist*innen, und Kunstschaffende sitzen als politische Gefangene in Haft. Selbst Studierende werden häufig für ihr politisches Engagement an den Universitäten kriminalisiert und verhaftet.